

Protest in Ankara: Opposition mobilisiert gegen İmamoğlu Verhaftung!

Die türkische Opposition kündigt für den 22. April 2025 eine große Kundgebung in Ankara an, um gegen die Verhaftung İmamoğlu zu protestieren.

Ankara, Türkei - In der Türkei ruft die Opposition zu einer großen Kundgebung vor dem Parlament in Ankara auf, die anlässlich des nationalen Feiertags am Mittwoch, dem 23. April, stattfinden soll. Der Anlass für diese Demonstration ist die Verhaftung des Istanbuler Bürgermeisters Ekrem İmamoğlu vor einem Monat, die landesweit für Unruhe gesorgt hat. Özgür Özel, der Vorsitzende der Republikanischen Volkspartei (CHP), hat angekündigt, am „Tag der nationalen Souveränität“ zu sprechen und eine Protestwelle fortzusetzen, die bereits seit İmamoğlu Verhaftung anhält und die größte seit den Gezi-Protesten 2013 ist. Özel betont, dass die geplante Versammlung und der Marsch zum Anıtkabir, dem Mausoleum von Mustafa Kemal Atatürk, nicht verhindert werden können.

Die Demonstration richtet sich besonders an die jungen Menschen und Studenten in Ankara, die um 17.00 Uhr (16.00 Uhr MESZ) zur Teilnahme aufgerufen werden. İmamoğlu selbst hat aus dem Hochsicherheitsgefängnis Silivri, wo er seit dem 25. März wegen Korruptionsvorwürfen inhaftiert ist, erklärt, dass er den Marsch für nationale Souveränität verfolgen wird. Diese Worte zeigen den tiefen politischen Konflikt, in dem sich die Türkei derzeit befindet, und unterstreichen die Dringlichkeit, mit der die Opposition ihre Stimme erhebt. İmamoğlu ist nicht nur eine zentrale Figur innerhalb der CHP, sondern gilt auch als der größte Herausforderer des amtierenden Präsidenten Recep

Tayyip Erdoğan.

Hintergrund der Proteste

Die Proteste wurden durch die Verhaftung und spätere Anklage von İmamoğlu grundlegend, der am Mittwoch festgenommen und am Sonntag offiziell wegen Korruption angeklagt wurde. Diese Entwicklungen haben zehntausende Menschen auf die Straße gebracht, trotz eines offiziellen Versammlungsverbots, das die Bedingungen für Proteste zusätzlich erschwert hat. Außerdem kam es zu Zusammenstößen zwischen den Demonstranten und der Bereitschaftspolizei, wobei das Innenministerium von mindestens 1.133 Festnahmen und 123 verletzten Polizeibeamten berichtet.

Die Vorwürfe gegen İmamoğlu beinhalten unter anderem die Führung einer kriminellen Organisation und die Annahme von Bestechungsgeldern. Kritiker der Regierung sehen die Anklagen als politisch motiviert an, insbesondere in Anbetracht der Tatsache, dass İmamoğlu am Tag seiner Inhaftierung die Vorwahlen der CHP gewann, wo er von fast 15 Millionen Wählern unterstützt wurde. Dies verstärkt den Druck auf Erdoğan, dessen Zustimmungsskala sinkt und der nur dann bei kommenden Wahlen antritt, wenn er die Verfassung ändert.

Die Demonstrationen, zu denen auch viele Universitätsstudenten gehören, werfen ein Licht auf die Unterstützung unter jungen Wählern und die breitere Nachfrage nach Demokratie und politischem Wandel in der Türkei. Die Besorgnis über die Entwicklung der politischen Freiheit wird auch von internationalen Stimmen, darunter einem EU-Sprecher, geteilt, der die türkische Regierung zu demokratischem Handeln aufruft. Die Strategie der Regierung, Kritiker zu unterdrücken und Desinformation über soziale Medien zu verbreiten, wird von den Demonstrierenden als Angriff auf die Grundwerte der Demokratie wahrgenommen, was die bereits angespannten politischen Verhältnisse weiter verschärft.

Zusammenfassend zeigen die bevorstehenden Proteste in Ankara die Entschlossenheit der Opposition und die deep-seated political tensions in Turkey as they reflect on fundamental democratic values and public dissatisfaction with the Erdoğan administration.

Details	
Ort	Ankara, Türkei
Quellen	• www.oe24.at • www.spiegel.de • de.euronews.com

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at